

Objektyp: **Advertising**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **70 (1991)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der eigenen Leute abzulenken. Diese Politik spiegelt den Zustand einer Partei, die in bezug auf die wesentlichen Fragen des Landes keine klare Politik mehr verfolgt. (pb)

Ein Bankier hat genug von SVP-Blocher

Unter Applaus aus dem Publikum hat an einem Wahlhearing des Magazins «Politik und Wirtschaft» der Bankier Hans J. Bär als Fragensteller den SVP-Nationalrat Christoph Blocher unerwartet deutlich kritisiert: «Wie können Sie Präsident einer Partei sein, die mit ihrer Werbung eine derart polemische Politik betreibt?», soll Bär den SVP-Polterer gefragt haben, nachdem er aus einem SVP-Inserat zitiert hatte, das im Zusammenhang mit der Europaintegrationspolitik von fremdem Joch, fremden Richtern, mehr Arbeitslosen, Verlust von Volks- und Freiheitsrechten usw. geredet hat. Blocher blieb von der Managerschelte ungerührt. Er kann offensichtlich damit leben, im von ihm verteufelten Europa Geschäfte zu machen und hierzulande mit Anti-Europa-Polemik auf Stimmenfang zu gehen. Beruhigend nur, dass das offenbar immer mehr aufmerksamen Zeitgenossen sauer aufstösst. (rz)

So geht es beim Tages-Anzeiger weiter

Unter diesem Titel war im Tages-Anzeiger vom 14. September zu lesen, dass die Redaktion wütend, ratlos und traurig sei über den knallharten Rauswurf ihres journalistisch einwandfrei qualifizierten Chefs. Die drei so klagenden Redaktoren beruhigen dann die Leserschaft, trotz kritischer Kommentare der «Konkurrenzmedien», ändere am Kurs des Tags nichts. «Dies ist unser Wille, und wir wissen, dass es auch der Wille unseres Verlegers Heinrich Hächler ist.» Bei so viel allseitigem guten Willen, fragt sich nur, weshalb denn Chefredaktor Viktor Schlumpf vor die Tür gestellt worden ist... (rz)

Endlich Transparenz bei Infras – und bei anderen?

Dem wahlpolitisch motivierten Vorstoss von SVP-Nationalrat Maximilian Reimann sei Dank, wissen wir jetzt endlich, was für Expertenaufträge das Zürcher Oeko-Büro Infras für den Bund erledigt hat. Im freisinnigen Pressedienst freut sich denn auch FDP-Nationalrat Ernst Cincera. Endlich werde einmal der rot-grüne Filz aufgedeckt. Auch wir freuen uns über die dringend nötige Transparenz. Wir fordern sie – im Gegensatz zu SVP und FDP – seit langem für Verwaltungsratsmandate und deren übermässige Entschädigungen. Und für Expertenaufträge ist sie vor allem auch deshalb nötig, weil sie – entgegen Cinceras Auffassung – nicht ausgeschrieben, sondern eben den geeignetsten Expertinnen und Experten vergeben werden. Diese Bundeshausexperten müssen wir deshalb ab sofort alle kennen. Bisher kennen wir aber nur den Auftragsumfang von Infras. Die bestimmt grösseren Expertisensummen beispielsweise ans Ingenieur-Büro Basler und Hofmann (also an die Firma von Reimanns Fraktionskollegen und SVP-Nationalrat Konrad Basler) oder an die der Atomlobby nahestehende Elektrowatt AG – um nur zwei der bedeutendsten zu nennen – sowie an Treuhandfirmen und PR-Agenturen sind noch alle unbekannt. Nun kommt aber sicher auch hier mehr Transparenz. Sonst bleibt Reimanns Vorstoss wirklich nur ein flacher Wahlgag, der erst noch in die Hosen gegangen wäre. (rz)

Die Armee als Wahlkampfthema

Die Militärausgaben als Wahlkampfthema interessieren nicht nur die SP Schweiz. Nein, die Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich – aus entgegengesetzter Sicht natürlich – hat beschlossen, auf diesem Thema ins

Wahlgeschehen einzugreifen. Deshalb zirkulierte im Sommer bei vielen Kandidatinnen und Kandidaten ein entsprechender Fragebogen. Wer aber eine fachpolitische Erhebung über Sicherheitspolitik, ihre Methoden oder Bedrohungsbilder erwartet hat, musste enttäuscht das Fragenpaket zur Seite legen. Die Offiziere erwarten, wie den gestellten Fragen unschwer zu entnehmen ist, von den künftigen Volksvertreterinnen und -vertretern vorab ein Ja zum F/A-18, Engagement für eine «starke Armee» und auf jeden Fall die Erhöhung der Rüstungsausgaben. Mit anderen Worten: Auf der Empfehlung der Zürcher Offiziere dürften Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fehlen. Weil aus SP-Sicht die schweizerischen Sicherheitsbedürfnisse etwas differenzierter zu beurteilen sind. Und weil weiter das Budgetwachstum beim Militär nicht wieder ins Unendliche steigen darf. Und weil schliesslich das 3,5 Milliarden schwere Kampfflugzeug für die Schweiz wirklich nicht nötig ist. (rz)

**Wenn Ihr am
19./20. Oktober
zu Hause auf dem
Sofa sitzen bleibt,
wählt Ihr bürgerlich!**
